

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden. Verlagsnummer 25 241. Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei halbjähriger Zustellung, durch die Post bei täglicher Zustellung monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. Die 11paltige 37 mm breite Seite 2 M. Auf Sonntagsausgaben, Anzeigen unter 10 Zeilen u. Wohnungsanzeigen, 11paltige 25 mm. Tagespreise laut Tarif. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Hapich & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Um die Aufrechterhaltung der Entente.

Der Notenwechsel.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) London, 29. Juli. Während der beiden Sitzungen des englischen Kabinetts überbrachte im direkten Auftrage des Ministerpräsidenten Briand der französische Botschafter in London St. Austre eine neue Note, in der erklärt wird, daß einzelne Fragen, in denen die beiden Regierungen zu keiner Übereinstimmung gelangen könnten, nur von sekundärer Bedeutung seien, wenn man sie mit dem Interesse vergleiche, das die Aufrechterhaltung der Entente bietet.

London, 29. Juli. Die englische Note wird der französischen Regierung in den ersten Tagen der nächsten Woche übermittelt werden. Zu diesem Zwecke unterbrach der englische Botschafter Lord Harding seinen Urlaub, um sich nach Paris zurückzubewegen. Ueber den Inhalt der englischen Note verweigert das Foreign Office jede Mitteilung, aber der Londoner Berichterstatter des „Welt Posters“ glaubt zu wissen, daß die englische Regierung darauf dringt, daß die Beziehungen zwischen England und Frankreich auch weiterhin den herzlichsten Charakter, den sie seit dem Kriege hatten, bewahren möchten. Die englische Regierung hätte neuerdings ihren Willen zum Ausdruck gebracht, nicht gestatten zu können, daß die Entente durch eine Frage, wie diejenige Ober-Schlesiens, berührt wird. Am Schluß der Note seien einige Anregungen gegeben, wie man zu einem Einvernehmen gelangen könnte.

Vertehrte französische Eitelkeit.

Paris, 29. Juli. Der „Matin“ und mit ihm die Mehrheit der französischen Blätter betonen es sei notwendig, den Eindruck zu vermeiden, als habe Deutschland in der Frage der Truppenverpflichtungen einen diplomatischen Sieg errungen. Die französische Regierung werde sich zweifellos aller Mittel bedienen, um die Sicherheit ihrer Soldaten in Oberschlesien zu gewährleisten. Da diese Maßnahmen aber nicht von absoluter Dringlichkeit seien, könnte Frankreich im Augenblick sich damit begnügen, daß die internationalen Mächte einen gemeinsamen Schritt in Berlin unternehmen, da man von Deutschland das Versprechen erhalten müsse, daß es den Durchgang der französischen oder internationalen Truppen in dem Augenblick erleichtere, in dem die Alliierten dies für notwendig erachteten. Dann erst könnte der Oberste Rat zusammenzutreten, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem die Berichten des italienischen Parlaments dem Minister Bonomi die Teilnahme an der Konferenz gehalten werden. Ein gemeinsamer Schritt der drei alliierten Mächte sei jedoch die Grenze der Zugeständnisse, die Frankreich machen könnte. Würde dieses Zugeständnis nicht gemacht, so sehe sich Frankreich genötigt, allein zu handeln. Eine ähnliche Sprache führt Perlinax im „Echo de Paris“.

London und die deutsche Auffassung.

London, 29. Juli. Die Reuter meldet, geht die auf die Note an Frankreich gestützte Auffassung in Londoner Kreisen dahin, daß Deutschland, da es nach dem Friedensvertrage das Recht habe, die französischen Forderungen wegen der Truppentransporte abzulehnen, willens sei, diese Angelegenheit, in der es einen Bruch des Friedensvertrages erblicke, den drei Mächten zur gemeinsamen Entscheidung zu unterbreiten, sei es im Obersten Rate oder in anderer Form. Weiterhin wird die deutsche Auffassung in maßgebenden Kreisen dahin ausgelegt, daß die Annahme der Entscheidung einer einzelnen Macht einer Verletzung des Vertrages gleichkommen würde. (wib.)

Noch immer überaus ernste Lage.

Berlin, 29. Juli. Wie die „A. Z.“ meldet, wird in London die Lage, die durch die französische Forderung der Truppenbewegungen nach Oberschlesien entstanden ist, als überaus ernst bezeichnet. Die Behauptung, daß eine Einigung zwischen England und Frankreich erfolgt sei, habe noch niemals so sehr der Begründung entbehrt, wie gerade jetzt. Am meisten habe der unfreudliche Ton der gestern überreichten französischen Note verstimmt, in der Briand mittelst, er würde der Konferenz des Obersten Rates nicht betwohnen können, wenn die Truppenfrage nicht vorher in seinem Sinne erledigt worden sei. Wenn England in seiner ablehnenden Haltung verharre, müsse dies zu einer ernsthaften englisch-französischen Verständigung führen.

General Höfer an Erzellenz v. Löbell.

Berlin, 29. Juli. General Höfer hat dem Präsidenten des Reichsbürgerrates, v. Löbell, ein Dankschreiben geschickt, in dem es u. a. heißt: „Ev. Erzellenz sage ich namens des Selbstschutzes herzlichen Dank für die freundlichen Zeilen, die Sie namens des deutschen Staatsbürgertums an mich gerichtet haben. Die Anerkennung eines so wichtigen Handelsteiles des deutschen Volkes ist uns eine ganz besonders hohe Freude und Ehre. Die Ungunst der Verhältnisse zwangen leider den Selbstschutz zu größerer Zurückhaltung und verlagten ihm sichtbare Erfolge, obgleich das gute Recht, die moralische und sittliche Begründung auf seiner Seite standen. Mir wurde die undankbare Aufgabe, eine angreifbarere, operierwillige Truppe immer nur zügeln zu müssen, während polnische Banden die Heimat verwüsten und die deutschen Brüder und Schwärmer peinigten. Der schnell aufgeworfene Damm des ober-schlesischen Selbstschutzes hat den polnischen Räubern weiteres Vordringen verwehrt und den deutschen Volksgenossen gezeigt, daß wir Deutschen doch noch einig und operierwillig sein können. Die vaterländische Verpflichtung, der Glaube an das Deutschtum und die Schicksalsgemeinschaft aller deutschen Stämme, die im ober-schlesischen Selbstschutz zum Ausdruck kamen, zeigen, daß der Geist der Vaterlandsliebe und der nationalen Würde wieder im Aufblühen begriffen sind. Das berechtigt zu hoffnungsvoller Zuversicht auf eine bessere Zukunft.“

Die polnische Umfassung.

Breslau, 29. Juli. In Gienkrochau hat am 29. Juli eine polnische Generalstabssitzung stattgefunden, die die Durchbreitung drohende Gefahr in helles Licht rückt. Den Vorsitz bei dieser Sitzung führte General Gallek. Aus Oberschlesien waren die französischen Generale Le Comte Denis und de Brantes erschienen. Auch verschiedene Führer der Insurgenten nahmen daran teil. In bezug auf die militärische Lage wurde mitgeteilt, daß Polen Ober-schlesien von Norden, Osten und Süden mit 120 000 Mann umfaßt habe, die in drei Armeekorps und ein Reservekorps gegliedert seien. Die Ausrüstung der Truppen wurde als gut bezeichnet. Spezialwaffen wie Tanks, Flieger und Panzer würden zum größten Teil von Frankreich über Danzig zur Verfügung gestellt. Die Polen haben in Oberschlesien mehrere Kommissariate eingerichtet, die zusammen mit den französischen Kreisinspektoren arbeiten. Solche Geheimkommissariate befinden sich in Katowitz, Pleß, Ragnitz, Gletwitz, Hindenburg, Beuthen, Zarnowitz und Oppeln.

Die tschechische Grenzsperrung.

Drabitz, 29. Juli. In den Grenzorten an der tschechischen Grenze gegenüber den Kreisen Ratibor, Leobschütz und Neustadt ist ein härtere militärische Beobachtung neuerdings wieder deutlich zu bemerken. Die Grenzsperrungen wurden an fast allen Ueberwegen durch tschechische Kavalleriepatrouillen verhängt, die die Ueberwachung übernommen haben. Besonders auffallend sind die Ortshäuser Preßden, Stranawitz und Wielau belegt. Dort befinden sich auch Panzerautos. Die Grenzüberwachung wird außerordentlich streng gehandhabt. In das Hinterland wird niemand, der von Deutschland kommt, hineingelassen. Die deutsche Bevölkerung der tschechischen Grenzgebiete ist unter Militärkontrolle gestellt. Der Postverkehr wird durch besonders eingerichtete Poststellen überwacht.

Deutsche Stammrollen bei den polnischen Ortswehren.

Oppeln, 29. Juli. Nach der neuen Anordnung der von den Franzosen eingelegten polnischen Gemeindeführer müssen sich sofort alle deutschen Angehörigen der Gebiete 1892/1902, getrennt nach Waffengattungen, denen sie im deutschen Heere angehört haben, zu Entlassungen in die Stammrolle auf den Geschichtsbüchern der Gemeindeführer melden. Bearbeitet wird diese Maßnahme mit der Notwendigkeit, eine genaue Uebersicht über die vorhandenen polnischen und deutschen Mannschafteinheiten zu erhalten, auf die man im Falle von neuen Kriegen zur Wiederherstellung der Ordnung zurückgreifen könne. Die Registerführung geht angeblich auf einvernehmliche Beschlüssen der französischen Besatzungsbehörden an die Führer der polnischen Gemeindeführer zurück.

Ein deutscher Appell an die Westmächte.

Kattowitz, 29. Juli. Der deutsche Ausschuh für Oberschlesien riefte gestern an die Ministerpräsidenten in London, Paris und Rom, sowie an die Vorkonferenz in Paris ein Telegramm, in dem er im Namen aller deutschen politischen und wirtschaftlichen Organisationen Oberschlesiens bittet, in dem am 4. August stattfindenden Verhandlungen endgültig über das Schicksal Oberschlesiens zu beschließen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen geht die Bevölkerung feilsch und wirtschaftlich zu Grunde. Eine provisorische Lösung würde den leblosen Zustand nur verschlimmern. (W. T. A.)

Der Berliner italienische Botschafter in Rom.

Rom, 29. Juli. Der italienische Botschafter in Berlin, Raffaiti, ist hier eingetroffen. Er hatte eine lange Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen della Torre.

Verheimlichte deutsche Kriegsgefangene in Frankreich.

Berlin, 29. Juli. Zu den mehrfachen Pressemeldungen über die noch in Frankreich zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen teilen bliesse amtliche Stellen mit, daß nach dem Versailler Vertrag die französische Regierung berechtigt sei, die Kriegsgefangenen, die wegen anderer als kapitalistischer Vergehen Strafe zu verbüßen haben, zurückzubehalten. In Vern ist 1920 mit Frankreich eine Vereinbarung zustande gekommen, auf Grund deren 327 solcher Kriegsgefangener im Sonderlager Aignou zusammengepackt wurden, und eine Liste dieser Gefangenen wurde mit einer Note der französischen Regierung im Oktober 1920 der deutschen Friedensdelegation in Paris übergeben. Dieser Note zufolge sollten sich außer den in der Liste aufgeführten und in vier weiteren Kapiteln befindlichen Gefangenen keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in Frankreich befinden. Es stellte sich aber bald heraus, daß noch eine Reihe von Deutschen in französischer Gefangenschaft zurückgehalten wurden, die nicht in der Liste aufgeführt waren. Eine deutsche Nachweisung solcher Gefangener, die der französischen Regierung übergeben wurde, weist 200 Namen auf. An die französische Regierung wurde das Ergebnis um Feststellung des Verbleibes dieser Vermissten berichtet, bis heute ist aber auf diesen Schritt keine Antwort von Frankreich erfolgt.

Die Schwarzen im Moselthal.

Trier, 29. Juli. Seit einigen Tagen ist das Moselthal abwärts von Trier, das zwei Jahre lang von jeder Einquartierung frei geblieben war, mit härteren Abteilungen französischer Kolonialtruppen belegt, die selbst angeblich nach Annahme des Stillstandes durch Deutschland nach dem besetzten Gebiet beordert worden zu sein. Die schwarzen Hüte tragen sich bereits in wenig angenehmer Weise bemerkbar. Von den Landwirten wird in rückwärtsiger Weise requiriert. In Schwelz, einem Dorfe unweit Trier, wurde eine Frau überfallen und vergewaltigt. Das französische Kommando hat gegen zwei der schwarzen Franzosen eine Untersuchung eingeleitet, die aber ergebnislos verlief.

Der Verrat Helgolands.

Von der roten Insel nordwestlich der Elbmündung, von Helgoland, kommen seit einiger Zeit immer betrüblichere Nachrichten. Im Gegensatz zu den Hunderttausenden deutscher Männer und Frauen, die an der Peripherie des Reiches unter schweren feindlichen Bedrückungen leiden und dennoch begeistert für ihr Deutschtum und für den Verbleib ihrer Scholle am deutschen Vaterlande Gut und Blut opfern, hat dort oben eine Bewegung Fuß gefaßt, die Land und Bevölkerung aus dem Verband des Reiches loszulösen bestrebt ist. Ueber dreißig Jahre gehört die Insel mit ihrer der Klammung nach ferndeutscher Bevölkerung zu Deutschland und sie hat in dem größeren Teile dieses Zeitabschnittes gute Tage verlebt, in von einem jährlich in die Zehntausende gehenden Fremdenstrom besucht worden, der ihr zu wirtschaftlicher Blüte verhalf und ihr bis in die entlegensten Winkel des Insellandes einen geachteten und geliebten Namen verschaffte. In diese Zeiten, denen der Krieg ein plötzliches Ende bereitete, schienen die Helgoländer sich nicht mehr zu erinnern und nicht mehr zu kümmern zu wollen. Sie sahen nur ihre gegenwärtige Notlage, die im wesentlichen eine wirtschaftliche ist, die aber kaum schlimmer als an anderen Orten des Reiches in Erscheinung tritt. Keinesfalls ist sie den Zuständen auch nur entfernt vergleichbar, die nun über Jahr und Tag in Oberschlesien herrschen oder denen die Bevölkerung der besetzten Gebiete des Rheinlandes unterworfen ist. Vor allen Dingen ist das Inselvolk frei von jeder fremdberrlichen Bewachung, frei von der Erbitterung, die der rechtlose Eingriff feindlicher Mächte in die lebendigeren Geplantesheiten, in die Gebräuche und Traditionen der Heimat erzeugt. Menschlich verständlich wäre es, wenn ein derart ernormtes Volk, um seinen Exalen ein Ende zu machen, sich dem Spruch der feindlichen Diktatoren fügte und eine Loslösung vom Mutterlande, der es nur durch Selbstvernechtung entgegen käme, auf sich nähme. Von alledem ist aber auf Helgoland keine Rede.

Wenn man die helgoländische Los-von-Deutschland-Bewegung von ihren Anfängen aus verfolgt, kommt man zu dem harten Urteil, daß es sich hierbei nicht mehr um die Wahrung berechtigter Interessen oder gar um einen Existenzkampf auf Leben und Tod, sondern nachgerade einfach um schändlichen Landesverrat aus rein egoistischen Motiven handelt. Den ersten Anlaß zu ihrem unbegrifflichen Verhalten bot den Helgoländern die vorjährige Wahl ihrer Gemeindevertreter. Sie wollten nicht, daß die Menge der Entfesselungsarbeiter, die zur Durchführung des Versailler Vertrages bereits seit 1919 mit der Schleifung der helgoländischen Verteidigungswerke beschäftigt waren, die gleichen Rechte ausübte, wie die altangehörigen Inselbewohner. Man kam ihrem nicht unberechtigten Wunsch damals entgegen. Mit Zustimmung des Reichstages und des preussischen Landtages wurde die Ausübung des Gemeindebürgerrechtes auf Helgoland von einer fünfjährigen Wohndauer im Gemeindebezirk abhängig gemacht. Nicht zufrieden damit, erließen wenige Monate später eine Delegation der Inselaner beim britischen Botschafter in Berlin und unterhandelte über verschiedene Sonderwünsche in der Befürchtung, die „uralten Rechte“ Helgolands könnten auch in Zukunft von der Regierung des Deutschen Reiches „inhabiert“ werden. Bereits dieser Schritt der selbständigen Aufnahme von Beziehungen zu einer auswärtigen Macht bedeutete einen klaren Bruch der Verfassung, den die amtlichen Stellen in Berlin mit ganz anderer Schärfe zurückweisen mußten, als es in Wirklichkeit geschah. Es wurde den Helgoländern, die ihre Delegation reich als von einer dazu nicht legitimierten kleinen Gruppe“ entsandt bezeichneten, nur bedeutet, daß es selbstverständlich beurteilt werden müsse, wenn preussische Staatsangehörige sich an Vertretungen auswärtiger Mächte um Intervention in innerpolitischen Fragen wendeten.

An diesen freundlichen Hinweisen lehrten sich die Helgoländer in Zukunft absolut nicht. Sie wandten sich vielmehr zur Wahrung ihrer vermeintlichen Rechte wiederholt in Eingaben an den Völkerbund und an die englische Regierung, der sie versicherten, daß sie auch heute noch bereit wären, ihre Freiheiten „unter britischer Oberhoheit“ auszuüben. Ja, sie taten noch mehr. Als vor Wochen abermals eine helgoländische Kommission in Berlin mit ihrem Protest gegen die Einführung der Reichssteuerbefreiung auf Helgoland abgewiesen worden war, begab sich diese Kommission zum Chef der Internationalen Marinekommission, um gleichsam zur Vergeltung, gegen die von der deutschen Regierung geplante Aufrechterhaltung einiger Marineanlagen zu wählen. Der Erfolg dieser Heberbeit war der, daß kurze Zeit darauf eine englische Marinekommission unter Führung des Chefingenieurs der britischen Admiralität auf Helgoland erschien, um den Fortgang der Entfesselungsarbeiten zu prüfen. VIELLEICHT haben die Herren der englischen Kommission, in deren Begleitung sich ein Artilleriegeneral befanden haben soll, bereits die Stellen ausersuchen, an denen künftig auf einem englischen Helgoland die Batterien ihren Platz finden werden, die sich gegen die deutsche Nordseeküste richten sollen. Möglicherweise käme dieser Erfolg den verblendeten Helgoländern gerade recht. Einstweilen setzen sie ihre vaterlandlosen Machenschaften fort und scheinen es vor allem darauf abgesehen zu haben, ihren Zwist mit der Reichsregierung zu verschärfen. So hat die helgoländische Gemeindevertretung unlängst beschlossen, die Durchführung der Reichseinkommensteuer zu verweigern und die Gemeinde-Einkommensteuer nach alten helgoländischen Bestimmungen zu erheben; sie weigern sich ferner allem Anschein nach, die Schulpflicht anzuerkennen.

und die Befolgsordnung des Kreisaußschusses in Kraft treten zu lassen.

Bei einem solchen Ende der Sache fällt es natürlich schwer, nur von einer „separatistischen“ Bewegung zu sprechen. Die vorläufigen Verhandlungen über eine mögliche Verlegung ihrer Rechte und um Erreichung einer gerechten Berücksichtigung ihrer Rechte offensichtlich, sind jedoch nicht, als daß sie sich mit dem immer noch feindlichen Auslande in Verbindung zu setzen brauchen um eine Besserung ihrer Situation zu erzielen. Es ist in letzter Zeit keine einzige Anfrage im Hinblick auf die belgisch-französischen Räte erfolgt; die Delegationen der Inselbevölkerung haben sich allseitig über alle Rechtsangelegenheiten hinweggesetzt und bei ihren Verhandlungen mit der Regierung einen Starrsinn bewiesen, der eine Beilegung ist. Aber mehr noch, sie haben offen und unangekündigt im Auftrag gewisser Gruppen der Einwohnerchaft Belgiens die Freizügigkeit gegen das Deutsche Reich ins Werk gesetzt, die die Staatsicherheit gefährden und die unannehmlich als Vandalentum angesehen werden müßten. Das in dieser Richtung von Belgien wegen keine Schritte getan worden sind, muß bei einer Regierung, die sonst so viel Wert auf Recht und Gerechtigkeit legt, — man denke an die belgische — unbedingt wundernehmen. Sicherlich hat die belgische Bevölkerung Panamut, wie er gegen die belgische Bevölkerung haben könnte. Wenn in der Vergangenheit ein Staatsgerichtshof vorliegen, was ein Gesetz über ihn geschaffen worden, wenn es jedem Dubend abstrakter Landesangelegenheiten in einem Verfahren gestellt wird, ungenügend bei unseren Feinden haufen und verheben zu lassen?

Dies sollte doch, bevor es den Engländern, denen die belgisch-französischen Zusammenhänge natürlich sehr gelegen kommen, eintritt für einen Staat Belgiens einen „Rechtsgrund“ zu formulieren, unversichtlich scharf geäußert werden. Für welches Entgegenkommen und verständnisvolle Nachsicht und die belgische Bevölkerung nun einmal nicht zu haben. Und soll das Deutsche Reich auch nur einen Quadratmeter Bodens verweigern um der Eisenbahnlinie einer weniger Einwohnere wille? Das wäre doch eine unverantwortliche Dummheit, die in Hinblick auf die weitere Reichseinheit von schrecklichen Folgen bezeugt sein könnte. Die belgische Bevölkerung aber wollen bei ihrem Drama, vom Reich loszukommen, sich vor Augen stellen, daß ihr Schicksal als enclaves Insel, weit abgelegen von europäischen Mächten, kaum besser sein würde, als es gegenwärtig ist. Oder meinen sie vielleicht, daß nicht ebensoviele tausend Arbeiter, wie jetzt zur Schließung der Bergwerke auf Entensberg bei Belgien wollen, vom Ausblicke des Lebens nach dem Tode in englischen Besitz zum endgültigen übergeben werden würden? Glauben sie wirklich, daß sie in Zukunft als enclaves Staatsangehörige ohne alle Steuerlasten für Staatszwecke bleiben werden? Sie sollen daran denken, daß man den deutschen Grenzschutzzoll schon immer und oft Versprechungen machte, die sich belgisch-weise im Falle einer Verdrängung als irrtümliche Verlockungen herausstellten, von denen auch nichts in Erfüllung eine. Sie sollten in Erinnerung an einen deutschen Dichter, dessen Gedicht in ihrer Mitte sich erhebt, an Hoffmann von Fallersleben, der auf der meeresrauhem Nordsee-Insel das Versteck des Deutschen Deutschland, Deutschland über alles“ verfasste, endlich denken einsehen werden, daß die Deutsche sind und nur als Deutsche eine gedeihliche Zukunft haben können.

Ein Schiedsgerichtsvertrag mit der Schweiz?

Berlin, 20. Juli. Wie R. T. M. hört, sind zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung Verhandlungen über den Abschluß eines allgemeinen Schieds- und Verlehrsungsvertrages eingeleitet worden. Es handelt sich darum, für die zwischen beiden Regierungen bestehenden Streitigkeiten, die nicht auf diplomatischem Wege erledigt werden können, entweder ein obligatorisches Schiedsverfahren oder ein obligatorisches Verlehrsverfahren zu vereinbaren. Die ersten Verhandlungen finden in diesen Tagen im Auswärtigen Amt statt. Sie werden auf schweizerischer Seite von Professor Max Huber, einer der bekanntesten Autoritäten auf dem Gebiete des internationalen Rechts, geführt. (R. T. M.)

Der deutsch-französische Schiedsgerichtshof.

Berlin, 20. Juli. In seiner Publikation vom 5. d. M. hatte der französisch-deutsche gemischte Schiedsgerichtshof im Art. 8 seiner Prozedurordnung vorgesehene Fristen um vier Monate, d. h. bis zum 19. November 1921, verlängert. Es handelt sich hierbei um die Geltendmachung von Erlassungsansprüchen französischer Staatsangehöriger auf Grund von Zwangsmaßnahmen und Liquidationen im Deutschen Reich. Die Interessen deutscher Privatpersonen werden durch diese Fristverlängerung nicht berührt. Im Gegensatz hierzu hat der Schiedsgerichtshof daran festgehalten, daß die Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen auf Grund deutsch-französischer Vorkriegsverträge (Art. 20b des Versailler Vertrages) mit dem 15. d. M. endgültig abgelaufen ist. Der schiedsgerichtliche und ebenso der belgische Schiedsgerichtshof haben vom 1. August bis 30. September eine Art von Vertretung eingerichtet. Sämtliche in den Prozedurordnungen der genannten Gerichte vorgesehene Fristen, d. h. die zur Einreichung von Klageantwortungen usw., die an sich in dieser Zeit ablaufen würden, verlängern sich von selbst um zwei Monate. (R. T. M.)

Der Vorkanzler und die Kriegsprozesse.

London, 20. Juli. Im ewigen Oberhaus erklärte der Vorkanzler in Erwiderung auf eine Anfrage, er halte es nicht für angebracht, im Augenblick eine Erklärung über die Vorkanzler Prozesse abzugeben. Die Angelegenheit sei außer Acht zu lassen und werde seinerzeit auch den Obersten Rat beschäftigen. (R. T. M.)

Die englischen Befahrungskosten.

Berlin, 20. Juli. Wie das „R. T.“ mitteilt, bezogen sich die Londoner Verhandlungen zwischen dem belgischen Finanzminister Thunis und dem schottischen Robert Dorne u. a. auch auf folgende Tatsachen: Frankreich und Belgien haben ihre Befahrungskosten bereits in Form deutscher Sachleistungen erhalten, England aber nicht. Es heißt daher vertragsgemäß eine absolute Priorität, die aus der bis zum 31. August zu bezahlenden Milliarde Goldmark zu bestehen sei. Es handelt sich um 600 bis 700 Millionen Goldmark. (R. T. M.)

Umbildung des holländischen Kabinetts.

Haag, 20. Juli. Wie die Morgenpost offiziell erfährt, ist die Kabinettsliste endgültig im Sinne der Rekonstruktion des gegenwärtigen Kabinetts gefestigt. An Stelle des Finanzministers de Vries tritt Koninkbeer de Geer. Mittels der zweiten Kammer, und Bürgermeister v. Arnhem. Der Kriegsminister Bos wird durch den Direktor des topographischen Instituts van Dijk ersetzt, einem früheren aktiven Offizier. De Geer gehört der christlich-liberalen Partei, van Dijk der antirevolutionären Partei an. (R. T. M.)

Die Abstimmung auf dem Elber Gewerkschaftskongress.

Paris, 20. Juli. Auf dem Gewerkschaftskongress in Elbe wurden der „Dumant“ zufolge für den Bericht der C. G. T. 1542, dagegen 1858 Stimmen abgegeben. (R. T. M.)

Selma Lagerlöf als Politikerin.

Stockholm, 20. Juli. Zu den im Herbst stattfindenden Wahlen zur zweiten Kammer in Schweden, bei denen zum ersten Male die Frauen das Wahlrecht haben, hat die freilich Partei die berühmte Dichterin Selma Lagerlöf zu ihrer Kandidatin erwählt. Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß Selma Lagerlöf die Kandidatur annehmen wird. (R. T. M.)

Die Kriegsaufgabe der Dominions.

London, 20. Juli. Die Reuter erklärt, beschäftigt sich die Konferenz der Premierminister der britischen Dominions in London mit der Stellungnahme zu den Angriffen gegen den Handelskrieg, die in den nächsten Tagen, wie erwartet, noch härter einleiten dürften als im letzten. Es sei daher nötig, daß alle Dominions dazu übergingen, den Rüstungsbedarf in Kriegsjahren selbst zu decken. Die reicheren Dominions, wie Australien, Kanada, Neuseeland und Südafrika, würden eigene Flotten aufstellen, deren Kern leichte Kreuzer und Unterboote als die zum Schutz der Handelsflotte am meisten geeigneten Kriegsschiffe bilden werden. Es sollen Vereinbarungen getroffen werden, durch die sich die Dominions gegenseitig Unterstützung gewähren, um für das Gebiet von Handelsflotten zu sorgen. Im letzten Jahre haben mehrere Dominions ihre Seestreitkräfte ausgebaut, die nacheinander in den allgemeinen Verteidigungsplan des britischen Imperiums aufgenommen werden. Die Dominions werden auch die während eines Krieges notwendigen Verbindungen aufrechtzuerhalten haben. Sie werden für Deckungsanlagen, Petroleum- und Brennstoffvorräte zum Gebrauche der britischen Kriegsschiffe Vorkehrungen treffen haben. (R. T. M.)

Schwierigkeiten für die Abrüstungskonferenz.

Genève, 20. Juli. Der „Derald“ meldet aus Washington: Die französische und japanische Antwort auf die Einladung Darlings, an einer Abrüstungskonferenz im November in Neuport teilzunehmen, wurde im Welken Hause für nicht genügend angesehen. Die Vorbehalte beider Staaten machen einen erweiterten Meinungsaustrausch notwendig. Der Präsident hält an dem Plan einer internationalen Konferenz fest, doch erachtet es fraglich, ob die Konferenz schon im November stattfinden kann. (R. T. M.)

Der Untergang der Sowjetrepublik.

Sankt Petersburg, 20. Juli. Wie „Politiken“ aus Moskau erfährt, geht dort das Gerücht, daß Lenin als letzte Hilfe gegen die Rot Russlands vorgeschlagen habe, die Staatsschuld anzuerkennen, die seinerzeit von den Bolschewisten annulliert worden sei. Bedingung für eine solche Anerkennung sei jedoch, daß die Auszahlung der Zinsen und die Rückzahlung der Schuld nicht vor 1925 geschehe. Eine zweite Bedingung sei die sofortige Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und Russland. Krassin soll beauftragt worden sein, die Stimmung der französischen Regierung über einen solchen Vorschlag zu untersuchen. (R. T. M.)

Russische Preise.

Berlin, 20. Juli. Wie aus Petersburg gemeldet wird, ist seit dem 1. Juli für nach Russland ein neuer Eisenbahntarif beschlossen worden, der geradezu phantastische Preise vorstellt. Durchschnittlich sind die Tarife um das Vierhundertfache erhöht worden. Eine Fahrt von Moskau nach Petersburg kostet 140 000 Rubel, von Petersburg nach Kiew 600 000 Rubel. Eine Straßenbahnfahrt in Petersburg wird mit 20 Rubel bezahlt. Die Erhöhung der Fahrpreise hat an vielen Stellen Anlauf zu Unruhen gegeben. Die Volkswirtschaft drängt in die Stationen ein und demolierte die Bahnhöfe und Güterzüge. So mußte in Moskau die rote Garde einschreiten, wobei es zu blutigen Zusammenstößen kam, ehe es gelang, die Ruhe wieder herzustellen. (R. T. M.)

Die Hilfsaktion für Russland.

München, 20. Juli. Die Deutsche Volkspartei in München nahm eine Entschließung gegen die Hilfsaktion für Russland an, in der es heißt: Das notleidende Deutschland hat weder Mittel noch Anlauf, Trost und Venin ihre Macht zu erhalten. Kein Gramm Lebensmittel, kein Pfennig darf daran verwendet werden. (R. T. M.)

Wie die „Voss. Zig.“ erfährt, ist die für Russland eingeleitete Hilfsaktion als eine rein karitative gedacht, die aber von Seiten der deutschen Regierung weitgehende Förderung erfahren wird. Die Reichsregierung habe sich zu diesem Behufe bereits an das deutsche Reichsgewand, dem nunmehr die weitere Organisation des deutschen Hilfswerkes obliegt. (R. T. M.)

Die letzten Kriegesgefangenen aus Russland.

Berlin, 20. Juli. In den nächsten Tagen wird in Triest der Dampfer „Wibert“ erwartet, der den Rest der in Ostpreußen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat befördern soll. Am Anbruch an die Fahrt wird der Dampfer „Wibert“ nach Odessa fahren, um die in der Krime und in Odessa selbst gesammelten, insgesamt 1000 deutschen Heimkehrer aus Ostpreußen abzutransportieren. Der deutsch-russische Gefangenenaustausch über die Dnieper und auf dem Landwege über die Karpaten vollzieht sich weiter planmäßig. Er wird von deutscher Seite sehr mit Rücksicht auf die Dünnerschiffahrt in Russland mit besonderem Nachdruck betrieben. Die Arbeiten der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene, die mit der Durchführung der Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen betraut war, nähern sich allmählich ihrem Ende. In der nächsten Zeit sollen in Russland verschiedene Ueberleitungsstellen und Sammelstellen, die deutscherseits zur Erleichterung des Abtransportes errichtet worden waren, aufgehoben werden, da ihre Arbeit im wesentlichen beendet ist. (R. T. M.)

Ende der griechischen Offensive?

Athen, 20. Juli. In einer Mitteilung des Pressebüros werden die von den Griechen bisher erzielten Erfolge nochmals hervorgehoben, wobei betont wird, daß die Aufgabe des arabischen Heeres gegenwärtig nicht mehr darin besteht, den Widerstand der feindlichen Streitkräfte zu brechen, sondern das Räubertum zu unterdrücken. (R. T. M.)

Die neue Tabaksteuer.

Berlin, 20. Juli. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, werden in dem neuen Tabakgesetz alle Steuererhöhungen, die bei großen Preisen von Zigaretten, Zigarettens und Tabak bisher bedanden, künftighin fortfallen. Während der Steuerertrag für 1921 auf insgesamt 1,8 Milliarden Mark veranschlagt wurde, werden nunmehr nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes 2,7 Milliarden Mark erwartet. Bei den Zigarettens ist die Steuererhöhung etwa 50 Prozent und bei Tabak etwa 100 Prozent betragen. (R. T. M.)

Der Reichswirtschaftsrat für Aufhebung der Zwangsökonomie.

Berlin, 20. Juli. Der wirtschaftspolitische Ausschuss und der Außenhandelsrat-Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates berieten in gemeinsamer Sitzung über die Regelung der Realwirtschaft und stimmten einem Beschlusse des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung betreffend Aufhebung der Zwangsökonomie einstimmig zu. (R. T. M.)

Gerihtsverfahren wegen der Schieferden in Steffin.

Berlin, 20. Juli. Wie das Reichswehrministerium mitteilt, ist die Angelegenheit der Zusammenhänge zwischen Polizei und Reichswehr in Steffin der Staatsanwaltschaft übergeben worden. (R. T. M.)

Generalleutnant Meyer †.

Berlin, 20. Juli. In Wien starb der Feldmarschall-Leutnant Meyer an einem Schlaganfall. Er war bei Kriegsausbruch Chef der Operationsabteilung des Armeekorps und hatte an den großen Durchbruchschlachten bei Gorlice hervorragenden Anteil. Er kommandierte dann die 1. Infanterie-Division an der Tommer Front und später die an die deutsche Front in Frankreich entsandten österreichischen Truppen. (R. T. M.)

Sozialisierung und Reparationspolitik.

Berlin, 20. Juli. Die Sozialisationskommission veröffentlicht eine nur von einem Teile ihrer Mitglieder unterschriebene Auffassung einiger Grundgedanken für die Reparationspolitik. Es heißt darin: Die Reparation ist nur denkbar im Rahmen einer Wirtschaftspolitik, die eine Steigerung und Rationalisierung der Produktion bewirkt. In diesen Rahmen muß sich auch die Ausbringung der Mittel einfügen, die zur Vermeidung schwerer Geldentwertung durch Aufnahme schwerer Schulden unter allen Umständen die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt erreichen muß. Da die Erträge der Volkswirtschaft an den Stellen, wo sie Privat Einkommen werden, bereits hart befaßt sind, wird der Uebergang zur Besteuerung an der Quelle für nötig erachtet. Die unmittelbare Anteilnahme des Reiches an den Erträgen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken wird für geboten erachtet. Diese Art der Ausbringung kann das Reich in den Besitz von Substanzwerten setzen, die geeignet sind, a) bei Eintreten zwingender Notwendigkeit durch Verlegung oder Veräußerung von Vermögenswerten die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, b) gleichzeitig die mit der Uebernahme verbundenen Gefahren zu beseitigen, indem durch planmäßige Regulierung ein regelmäßiger Ausverkauf des Vermögensgutes hinter gehalten wird. Ferner ist an dieser Darlegung der Sozialisationskommission ist noch, daß sie die sachlichen Gründe derjenigen Parteien, die sich dem Votum nicht angeschlossen haben, nicht bekannt gibt. (R. T. M.)

Unterzeichnung des neuen Banktarifvertrages.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 20. Juli. Wie mitgeteilt wird, ist heute die Unterzeichnung des neuen Banktarifvertrages für das deutsche Bankgewerbe durch die Vertreter des Reichsverbandes der Bankleitungen, des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankamtsstellen, des Deutschen Bankbeamtenvereins und des Reichsverbandes der Kassendirektoren erfolgt. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankamtsstellen hat daraufhin sofort beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeit des Reichsarbeitsvertrages beantragt. (R. T. M.)

Die kommunistische Niederlage bei den Metallarbeiterwahlen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 20. Juli. Die bis zur Stunde aus dem Reich veröffentlichten Resultate der Wahlen zum Metallarbeiterverbandstag in Jena lassen die Schwere der kommunistischen Niederlage noch schärfer erkennen. In vielen Bezirken, in denen bisher die Metallarbeiterchaft als überwiegend kommunistisch galt, ist kein einziger Anhänger Moskauer gewählt worden. So wurden gewählt im Westfälischen 1 Mehrheitssozialist, 4 Unabhängige, in Oberhausen 2 Mehrheitssozialisten, 1 Unabhängiger, in Duisburg 2 Mehrheitssozialisten und 3 Unabhängige, in Düsseldorf 4 Mehrheitssozialisten, 9 Unabhängige, in Wuppertal 1 Mehrheitssozialist, 1 Unabhängiger, in Gamburg 12 Mehrheitssozialisten, 4 Unabhängige, in Mannheim 7 Mehrheitssozialisten, 4 Unabhängige und in Königsberg 1 Mehrheitssozialist, 1 Unabhängiger. Die kommunistischen Delegierten werden also auf dem Verbandstag in Jena nur eine sehr kleine Gruppe bilden, die ohne jeden Einfluß auf die dort zu fassenden Beschlüsse bleiben wird. In eingeweihten Kreisen wird dieser Umkehrung der politischen Bestimmung, soweit das Reich in Frage kommt, in erster Linie den Ereignissen in Mitteldeutschland im Frühjahr d. J. zugeschrieben. (R. T. M.)

Der Kommunist in Hemsbarmeln.

Stuttgart, 20. Juli. Im Sitzungssaal des württembergischen Landtages erschien gestern ein kommunistischer Abgeordneter in Hemsbarmeln, weil es ihm unerträglich schien, den Ueberdruß in diesen heißen Tagen anzubehalten. Der Landtagspräsident erklärte jedoch, daß er einen Abgeordneten in Hemsbarmeln nicht dulden könne und forderte den Kommunisten auf, sich wieder vollständig anzukleiden. Unter großem Gelächter des Hauses kam der Abgeordnete dem Wunsche nach. (R. T. M.)

Die Lage der deutschen Luftfahrt.

Frankfurt a. M., 27. Juli. In der Hauptversammlung der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft, die gestern im Friedrichshafen stattfand, erhaltete der Direktor der Zeppelin-Luftschiffbau-Gesellschaft einen Bericht über die Lage der Gesellschaft. Infolge des Rußverbot der Entente sei die Gesellschaft noch weiter hilflos. Eine Aufhebung des Verbotes sei nicht zu erwarten, da die Politik der Entente darauf hinauslaufen würde, das Verbot so lange aufrecht zu erhalten, bis die Mittel der Gesellschaft aufgebraucht seien. Nach neueren Meldungen scheint Amerika großes Interesse an Bau größerer Luftschiffe für den Transoceanverkehr zu haben. Der deutschen Luftschiffahrt bleibe natürlich nichts weiter übrig, als sich nach einem Betätigungsfeld im Auslande umzusehen. (R. T. M.)

Deutsche Schiffserwerbungen.

Kopenhagen, 20. Juli. Wie „Extrablatt“ erfährt, sind bereits 10 Prozent der gesamten schwedischen Handelsflotte in deutsche Hände übergegangen. Zwölf Dampfer von zusammen 20 000 Tonnen sind in die Hände der Reederei August Holten-Hamburg unter Jugründelegung von Abzahlungskontratten verkauft worden. Der Verkauf weiterer 20 000 Tonnen steht bevor. (R. T. M.)

Anschluß des Eisenacher Landes an Preußen?

Berlin, 20. Juli. In der Frage des Anschlusses des Eisenacher Landes an die Provinz Hessen-Nassau sprach eine Abordnung aus Eisenach beim preussischen Minister des Innern vor. Der Minister verwies die Ersuchen auf Art. 25 der Reichsverfassung, der allein die Voraussetzungen regelt, unter denen Gebietsveränderungen der Länder erfolgen könnten. Das Schicksal dieses Landes im Willen der beteiligten Bevölkerung liegt. Bereits die frühere preussische Regierung habe gelegentlich einer kleinen Anfrage in der Bundesversammlung im November 1920 erklärt, daß die preussische Regierung, falls von thüringischer Seite der Wunsch einer wirtschaftlichen oder politischen Annäherung an Preußen hervorgerufen, die Erfüllung solcher von der breiten Masse der Bevölkerung getragenen Wünsche kein Hindernis in den Weg legen werde. (R. T. M.)

Die Auflösung des thüringischen Landtages abgelehnt.

Weimar, 20. Juli. In der heutigen Vormittagsitzung des Landtages wurde ein Antrag der Unabhängigen auf sofortige Einhellung der Arbeiten des Landtages und Ermächtigung des Präsidenten, eine neue Sitzung mit der Tagesordnung, Auflösung des Landtages einuberufen, mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Darauf wurde ein Antrag der Rechten auf Weiterberatung und Verabschiedung des Beamtenselbstverwaltungsgesetzes angenommen. Entscheidend für die Annahme war die Haltung der Demokraten, die für den Antrag stimmten, und somit der bisherigen Koalition den Rücken kehrten. (R. T. M.)

Ueber die Reichspräsidenten-Neuwahl.

erfahren wir von nahegelegender Stelle, daß allerdings die Bornahme einer Neuwahl nach der endgültigen Entscheidung über Obersteifen beabsichtigt ist, daß diese Neuwahl aber kaum noch in diesem Jahre stattfinden wird, da sich das Eintreten geordneter Verhältnisse in Obersachsen noch nicht übersehen läßt. (R. T. M.)

Die Aufhebung aller Freifahrtvergünstigungen für Eisenbahnbeamte.

und Angestellte ist von der Reichsverkehrsverwaltung in Aussicht genommen, da sich diese Vergünstigungen nicht mehr rechtfertigen lassen. Die Beamten anderer Reichs- u. B. der Post, genießen auch keine Sonderrechte. (R. T. M.)

Seite 2
Bresener Nachrichten
Sonabend, 20. Juli 1921
Nr. 355

Die Symbole unserer Revanche.

Waschmelange (von der Berliner Schriftleitung) Berlin, 20. Juli. In Pariser maßgebenden Kreisen wird gegenwärtig wiederholt die Frage aufgeworfen, daß man Deutschland zwingen solle, die im Jahre 1870/71 erbeuteten Kanonen und Kanonen zurückzugeben. Die Fahnen seien aus der Potsdamer Garnisonkirche in das Berliner Kriegsmuseum überführt und von dort verschleppt worden. Frankreich habe als Ersatz dafür solche aus den napoleonischen Zeiten erhalten, mit denen es sich aber nicht begnügen dürfe. In der deutschen Erinnerung und Geschichte spiele der Krieg von 1814 gegen den von 1871, der die Einigung Deutschlands brachte, eine viel weniger große Rolle. Die französischen Kanonentröme an der Berliner Stegessäule wären eine Schmach für die in Berlin weilenden französischen Offiziere und Soldaten. Die Berliner Stegessäule symbolisiere die künftige Revanche Deutschlands. Die Rückführung der Fahnen und Kanonen von Sedan und Metz dürfe in den Augen des deutschen Volkes eine viel erregtere Sprache sprechen, als eine andere Handlung, die das Übergewicht Frankreichs hervorheben könnte.

Ein Protest der Rheinlandkommission.

Paris, 20. Juli. Das Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. hat vor einiger Zeit in der Klage Dorsens gegen die „Frankfurter Zeitung“ den Gerichtsstand in Wiesbaden aufgehoben mit der Begründung, daß das Gericht durch die Befragung Wiesbadens in der freien Ausübung seiner richterlichen Funktion behindert sei. Wegen dieser Entscheidung hat jetzt die Interalliierte Rheinlandkommission beim deutschen Reichskommissar Beschwerde eingeleitet und angeführt, daß die Alliierten bisher in keinem einzigen Falle in die Unabhängigkeit der deutschen Gerichte eingegriffen hätten. (?)

Der Pascha von Tanger in Mainz.

Frankfurt, 20. Juli. Die gesamte zivilisierte Welt hat wiederholt Einspruch erhoben gegen die Belassung der schwarzen Truppen im Rheinlande. Diese Entlassungsgründe sind aber ebenso ungehörig verhält wie die Notizreihe verweigerter deutscher Frauen. Und nicht nur das, die schwarzen Truppen werden sogar dauernd verhärtet. Aus Mainz kommt folgende Meldung: Der Pascha von Tanger ist kürzlich hier eingetroffen. Er wurde vom stellvertretenden kommandierenden General Degoutie empfangen und begab sich sofort zum Manöverplatz von Gensheim, wo er die Truppeninspektion über verschiedene Abteilungen marokkanischer Formationen abnahm. Der Pascha dürfte von dem Geheuen befriedigt sein. Aber die deutsche Bevölkerung? Es wäre dem Pascha zu empfehlen, anstatt provozierende Paraden abzuhalten, lieber in die Gefängnisse über die Untaten der schwarzen Soldaten Einsicht zu nehmen.

Die Deutschen sind am Marokko-Aussand schuld!

Wien, 20. Juli. Obwohl der Ministerrat eine Untersuchung der Ursachen des plötzlich ausgebrochenen Aufstandes eingeleitet hat, wird von französischer Seite sehr scharf auf die Presse eingewirkt, um die Ursachen auf angeblich deutsche Pläne zu lenken, die sich auf Vertragsverhandlungen in Marokko (1) beziehen sollen. Von Paris aus war dem Blatt „El Temps“ berichtet worden, daß deutsche Ingenieure die Kanonen aufgehoben und mit Waffen versehen hätten. Dieses deutschfeindliche Blatt hat den Wind verstanden und hat daraus eine Kampagne gemacht, die nun in einem Teile der Presse Widerhall findet. — Deutschland hat doch wahrlich genug mit sich zu tun, als daß es in Marokko Aufstände anzetteln könnte.

Sinnfeinerberatungen.

Dresden, 20. Juli. Ueber die gestrige Sitzung des Sinnfeiner-Kabinetts wird strenges Schweigen beobachtet. Dem Vernehmen nach war die Sitzung von entscheidendem Charakter für den Fortgang der Verhandlungen. Es wird angenommen, daß das Kabinett sich über die Grundlagen der Berufung einer offiziellen Konferenz geeinigt hat. Es werden keine weiteren Sitzungen des Kabinetts abgehalten werden bis De Valera Lord George erneut Mitteilung gemacht hat. Wenn da die Grundlagen für eine Konferenz gefunden sein werden, wird der nächste Schritt eine Vollversammlung des Sinnfeiner-Parlamentes sein, in der Bevollmächtigte für die weiteren Verhandlungen ernannt werden sollen. (W. T. B.)

Verfälschung der Industriekugeln.

Frankfurt, 20. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus London: „Manchester Guardian“ kündigt an, daß die Industriekugeln aus technischen Gründen in dieser Session wahrscheinlich nicht mehr verabschiedet werden würde. (W. T. B.)

Streikauschreitungen in Lodz.

Danzig, 20. Juli. Laut „Praglad-Widnesott“ ist es in Lodz zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden gekommen, wobei es beiderseits schwere Verluste gab. (W. T. B.)

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theaterplan für heute. Opernhaus, Schauspielhaus, Albert-Theater: Geschlossen; Residenz-Theater: „Der verjüngte Adolar“ (7); Zentral-Theater: „Die Sache mit Lola“ (7).

† Vom Kurtheater Das Schandau schreibt man uns: In einem Schwank aus dem Französischen „Madame Bonipard“ golierte Alexander Adolff als Komponist Dupal und zeigte seine glänzende Bemerkung komischer Rollen. Anna Schmelzer gab die Titelrolle mit gewohnter Trefflichkeit. Der Reniter Bourgeois von Otto Ramoll-Sturm war von überwältigender Komik. In dem tollen Schwank „Familie Hannemann“ schossen Otto Ramoll-Sturm als Vollerfoppe und Bräuder als Sanitätsrat Mummelmann den Vogel ab, trefflich unterstützt von Wanner als Dr. Hannemann und Anna Schmelzer als Tante Jutta. Alle Regierer seiner meisterhaften Kunst zog Alexander Adolff in seinem letzten Gastspiel als Titelheld in dem Spiel „Der Leusel“ von Molnar. Er gab einen faszinierenden, modernen Verfälscher voll sinnlicher Brutalität.

† Galerie Arnold. Gemälde und Zeichnungen holländischer Meister des 17. Jahrhunderts. Katalog mit Vorwort von Galeriedirektor Dr. Poell. Werner Ausstellung: 50 Jahre deutscher Malerei und Zeichnung.

† Das Relativitäts-Institut in Potsdam. Im Herbst dieses Jahres wird das auf dem Gelände des Astrophysikalischen Instituts in Potsdam im Bau befindliche Gebäude zur Nachprüfung der Einsteinschen Relativitätstheorie vollendet sein. Es wird ein besonderes Telekop nach Entwürfen von Dr. Freundlich am astrophysikalischen Institut enthalten. Durch die neue Einrichtung soll auch die Frage gelöst werden, ob das Licht durch die Schwere beeinflusst wird. Bekanntlich behauptet Einstein, daß die Sonne die an ihr vorbeikomenden Lichtstrahlen der Sterne ablenkt.

† Eine Vorentscheidung für die Frankfurter Universität. Nach der „Frankf. Zig.“ hat der aus Transvaal kommende Dr. Albertus van Nijin, der an der Frankfurter Universität seine chemischen Studien abgeschlossen hat, der Studentenschaft der Universität und dem Chemischen Institut zu Forschungszwecken 24000 Mk. überwiesen. Das Geld entstammt einer Sammlung unter den Akademikern Transvaals.

† Der russische Staatsverlag in Deutschland. Bei dem großen, tatsächlichen und unausschreibbaren Bedarf der für Lehr- und wissenschaftlich-populäre Bücher in Russland besteht, wie auch aus Erwägungen ökonomischen Charakters, kann die Sowjet-Regierung nicht die Wiederherstellung des graphischen Gewerbes in Russland abwarten, sondern muß

Vertilches und Sächsisches.

Willkommen Sachsens Regler!

Dresden hat vor kurzem in Scharen liebe Gäste bei sich gelassen: die Turner. Sie sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Aber schon kommen nicht minder werthe Gäste, die Regler, die hier beim 16. Sächsischen Bundesfest in erneuten Wettkämpfen sich messen und das 50jährige Jubiläum ihres Bundes feiern wollen. Wir begrüßen sie auf das herzlichste. Möge ihnen die Reglerwoche volle sportliche Befriedigung und angenehme gesellige Freuden bringen! Der festgebende Verband Dresdner Reglerclubs und der Vorstand des Sächsischen Reglerbundes haben in langen Wochen mühevoller Arbeit das Ihre getan, eins der, wie man schon jetzt sagen darf, herrlichsten Reglerfeste zu bieten. Leider haben es die Verhältnisse diesmal unmöglich gemacht, der breiten Öffentlichkeit in dem Umfang wie früher bei gleichen Feiern zu gestatten, die Regler bei ihren sportlichen Übungen zu beobachten — eine Halle mit 2 Bahnen nebeneinander und darüber angeordnetem großem Zuschauerraum, wie sie 1908 hier beim 13. Deutschen Bundesfest auf dem Vogelweilengelände errichtet war, würde heute viele Hunderttausende fassen —, die Bürgerchaft kann aber mit den Reglergästen frohe, genussreiche Stunden erleben bei den mannigfachen Festlichkeiten, bei denen sie herzlich willkommen ist und die Erfahrung machen wird, daß das Reglerleben das Leben von der heiteren Seite anschauen lehrt.

Die Regler Sachsens kommen gern nach Dresden, denn es hat in der Reglerwelt den besten Ruf. Nicht nur, daß hier die Wege des Deutschen und des Sächsischen Reglerbundes geknüpft sind, in Dresden auch heute noch die beiden Bünde, und der Dresdner Verband in der zweitgrößten im Reiche, nur von Berlin an Mitgliederzahl etwas überzogen. Nicht immer stand der Reglerport in dem Ansehen wie heute; er hat lange gekämpft, bis er sich die Gleichberechtigung und Anerkennung mit anderen Sportarten erlangt. Und doch ist das Reglerfest wohl das älteste und edelste aller deutschen Männerfeste. Daß es eine der schönsten Feiern des Jahres ist, läßt jeder mit Freunden, der längere Zeit regelmäßig den Sport ausübt, der ganze Körper wird frisch und elastisch und die Nerven erfahren die wohlthuende Entspannung und Erholung, und zwar in stetem Maße, denn kaum bei einem anderen Sport hat der gesunde Humor eine so gute Stütze wie auf der Reglerbahn. Schon die vielen launigen Klubsamen sind dafür ein Beweis. Dabei hat der Reglerport noch eine wesentliche sozial ausgleichende und klassengetrennende abschwächende Wirkung. Rang- und Standesunterschiede kennt man im Reglerklub nicht, nur dem Spiele gibt man sich hin, das um so mehr Freude macht, je angenehmer und sportlicher die Schiedsrichter sind. In dieser Hinsicht lag ja bis vor einem Menschenalter etwa vieles im argen.

In Erkenntnis der Notwendigkeit einer durchgreifenden Verbesserung traten Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Anzahl Regler von Rang zusammen, um den Gedanken zu verwirklichen, auf organisatorischem Wege das Reglerfest zu veredeln, ja es zu einem nationalen Sport auszugestalten. Bei den Reglern fand dieser Aufbruch großen Anklang, in Reichreglerkreisen spottete man über die Idee, die sich aber bald festhaft durchsetzte, denn noch im Herbst 1885 wurde in Dresden der Deutsche Reglerbund gegründet — der Dresdner Verband nennt als Gründungsstag den 27. Februar 1886 —. Was seitdem durch den Deutschen Bund und seine Unterorganisationen zum Besten des Reglerports geschaffen worden ist, kann nur der beurteilen, der die früheren Verhältnisse kennt oder jetzt hier und da noch vorfindet. Es sind für das ganze Reich Normativbestimmungen für die Länge und Breite der Bahnen, für die Größe und den Durchmesser der Regel und Angeln, für den Reglerklub usw. getroffen worden, die sich in jeder Hinsicht bewährt haben. Die größeren Verbände, auch Dresden, haben in eigenen Reglerheimen mütterliche Einrichtungen getroffen, die auch heutigen Ansprüchen genügen.

Der Besuch der vielen Regler wird auch der Dresdner Gesellschaft willkommen sein, wie man nach den Erfahrungen bei früheren Reglerfesten voraussehen darf. Der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand, aus dem sich die meisten Mitglieder der organisierten Regler rekrutieren, weiß den Grundsat hoch zu halten: Leben und leben lassen. Daß die organisierte Reglergesellschaft jederzeit ein warmes vaterländisch fühlendes Herz beizubringen, bewies sie oft im Laufe der Zeiten. Auch während der Kriegszeit ist von den Reglerorganisationen, von den Bänden, Verbänden und Klubs, wie auch vom einzelnen Regler auf dem Gebiete der Kriegsvorbereitung sehr vieles geleistet worden. Die Ausgaben des Dresdner Verbandes in dieser Hinsicht gehen allein in die vielen Tausende. Nach alledem dürfen die Regler bei der Dresdner Bürgerchaft auf den gleich freundlichen Empfang wie die Turner rechnen, und wenn dieser Freude auch äußerlich durch Blumen- und Fahnenstempel Ausdruck verliehen wird, so werden sich unsere Gäste um so wohler bei uns fühlen. Möge ihnen auch das Weiterleben hold sein! Unseren Gruß an sie lassen wir nochmals zusammen in ein herzlich willkommenes Segelwörterbuch

Out Holz!

Reichseinkommensteuer.

Das Reichseinkommenamt hat die Bezahlung der 1. Rate der Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921, die binnen zwei Wochen nach der Zustellung des vorläufigen Anforderungsscheins zu entrichten war, öffentlich gemacht. Nach Ablauf von 8 Tagen erfolgt die zwangsweise Beitreibung durch das Vollstreckungsamt. Die 2. Rate derselben Steuer ist bis zum 15. August 1921 zu bezahlen.

Für die Bewohner der Stadtteile, in welchen ständige Kassenstellen nicht eingerichtet sind, besteht die Möglichkeit, diese Steuern am 1. August von 1/2 bis 1 Uhr in den ihnen nahegelegenen, nur zu Terminstagen geöffneten Steuerstellen zu bezahlen.

Wegen der von den Finanzämtern Dresden geforderten Vorlegung der Steuerarten durch die Steuerpflichtigen hat das Steueramt die Einrichtung getroffen, daß für die Beamten, Angehörigen und Arbeiter von Behörden und größeren Betrieben die Vorlegung durch diese unter Erfüllung der in der Bekanntmachung des Steueramtes vom 20. Juli 1921 bezeichneten ausdrücklichen Voraussetzungen bei der zuständigen Steuerstelle erfolgen kann.

Verteilung von weiteren 2 Pfund Einmachzucker.

In der Zeit vom 5. bis 20. August gelangen weitere zwei Pfund Einmachzucker je Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Die Ausgabe erfolgt diesmal auf den 4. Abschnitt der Zuckerarte Reihe 2, so daß dieser Abschnitt insgesamt mit 3 Pfund Zucker zu beliefern ist. Bezugsarten und K-Zuckerarten sind von der Einmachzuckerbelieferung ausgeschlossen.

Feriensonderzüge nach Bayern und der Ostsee.

Weitere Feriensonderzüge zu ermäßigten Preisen nach Bayern verkehren Mitte August und zwar wie folgt: Am 11. Aug. von Görlitz nach München 3,06, Bamberg 3,38, an München am anderen Morgen früh 6,36; am 15. Aug. von Leipzig abf. abends 6,45, Altenburg 7,44, Reichenbach abf. 9,07, Plauen abf. 9,47, an München am anderen Morgen früh 6,02; am 15. Aug. von Dresden abf. nachm. 5,15, Freiberg 6,35, Chemnitz abf. 7,42, Glauchau 8,28, Zwickau 8,55, an München am anderen Morgen früh 6,02.

Ferner verkehrt ein weiterer Feriensonderzug zu ermäßigten Preisen nach der Ostsee. Am 15. Aug. und zwar wie folgt: ab Dresden abf. vorm. 8,20, Dresden-Neust. 8,32, Großenhain Berl. abf. 9,25, Elberfeld 9,51, Beringsdorf (6,31), Zimmertis (7,46), Carlshagen-Trafenbeide (an 7,56 abends), sowie nach Greifswald-Traßdorf (an 6,20 abends), — Anschluß nach Jangit-Prerow-Berghagen-Sabis (an 8,21 abends) mit Anschluß in Bergen nach Putz-Unterbach (an 9,08) und Binz-Zellin-Ohren (an 11,05 abends).

Für die Ausgabe der Fahrkarten, die Fahrpreise und gelten die gleichen Bestimmungen, wie für die schon abgefahrenen Sonderzüge. Sie sind für die Reise nach Bayern in Nr. 296 (26. Juni), für den Zug nach der Ostsee in Nr. 299 (28. Juni) der „Dresdner Nachrichten“ abgedruckt.

Der Sanitätsdienst beim Kreisturnfest.

Während des Kreisturnfestes war ein umfangreicher Sanitätsdienst eingerichtet. Auf dem Festplatz waren zwei Sanitätsstationen in Betrieb, in dem Sanitätsraum der Bogenschützengesellschaft und im Klubhaus des Vereins „Guts-Muts“, für die ständige 1 bzw. 2 Ärzte und geschultes Sanitätspersonal zur Verfügung standen. In diesem Dienste beteiligten sich 12 Dresdner Ärzte; ferner traten 143 Mitglieder der vier Abteilungen der freiwilligen Sanitätskolonne Dresden vom Roten Kreuz und 36 Samariterinnen und 102 Samariter der freiwilligen Samariterkolonne des Samariter-Vereins zu Dresden — zum Teil wiederholt während der drei Festtage — in Tätigkeit, und zwar bei den Empfängen am 16. und 17. Juli auf den Bahnhöfen, bei den Begrüßungsabenden am 16. Juli in neun Sälen der Stadt und bei der Schlussfeier in der Ausstellung am 18. Juli, beim Festzug am 17. Juli und an allen drei Tagen auf dem Festplatz.

Während des Festzuges waren seitens der Volkspolizei fünf Hilfsstellen im Hauptbahnhof, Prager Straße 20, im Neuen Rathaus, im Künstlerhaus und Nicolaistraße 13, eingerichtet.

Die Hilfe des Sanitätsdienstes wurde infolge der Hitze natürlich mehr in Anspruch genommen als zu erwarten war. Es handelte sich um weitestgehend um leichte Verletzungen und Erkrankungen, von schwereren Störungen kamen ein Spielverbruch, eine Wirbelschmerzen und eine Anzahl von Verstauchungen zur Behandlung.

Die Festleitung dankt auch an dieser Stelle den beteiligten Ärzten, an ihrer Spitze Sanitätsrat Dr. Menzel, und den freiwilligen Helfern aufs herzlichste für ihre unermüdete Tätigkeit, die sich im Dienste der Allgemeinheit wiederum so vorzüglich bewährt hat.

— August-Kohlenmeldung der meldepflichtigen Großbetriebe. Die amtlichen August-Meldungen für Kohlen sind in der beiliegenden Anzahl von den in Dresden gelegenen

zu Bücherbestellungen im Ausland ihre Zustucht nehmen. Zu diesem Zwecke hat der Oberste Volkswirtschaftsrat bei seiner Auslandsaktion in Berlin eine der Sowjet-Bandelsvertretung untergeordnete besondere Verlagsabteilung geschaffen, auf deren Verantwortung in deutschen Druckerzeugnissen Bücher für Russland gedruckt worden sind.

† Ein bairisches Städtejubiläum. Die 700jährige Gründungsfeier der Stadt Ansbach wird heuer in den Tagen des 7. bis 9. August in besonders feierlicher Weise begangen. Außer anderen Feierlichkeiten gelang nach neunjähriger Pause das historische Schauspiel „Der wilde Markgraf“ von Konrad Friedrich, das in den Jahren 1896, 1910 und 1912 mit großem Erfolge gespielt wurde, zur Aufführung. Das dramatisch wirkliche Schauspiel aus der Zeit von 1750 bis 1757, das in seiner historischen Bedeutung den Festspielen von Rothenburg und Dinkelsbühl würdig zur Seite steht, wird von dem bisherigen Dramaturgen der Vereinigten Stadttheater Nürnberg-Fürth, Max Broch, neu einstudiert. — Die Stadt Ansbach wurde im Jahre 770 durch Errichtung eines Benediktinerklosters durch den heiligen Emmerich gegründet, um 1040 ist von einer Villa, einer größeren ländlichen Ansiedlung die Rede und in einer Urkunde aus dem Jahre 1221 wird zum ersten Male die Stadt „Ansbach“ erwähnt.

† Ein toller Spielplan. Die verlautet, soll das Covent-Garden-Theater in London unter einer neuen Leitung wieder eröffnet werden. Der Spielplan enthält Opern, Dramen, Pantomimen, Filmvorführungen und Boxkämpfe!

† Ein Orchester aus Streichmusikern. Der Musiktrichter des „Daily Telegraph“ hat in London so viele gute Streichmusiker entdeckt, daß er anregt, daraus ein Orchester zu bilden. Es werde sicher das überragende, was man heute häufig in Konzerten höre.

† Londoner Auktionsaktionen. Ein geheimnisvolles Bild ist im letzten Augenblick von der Versteigerung in Christies Londoner Auktionshaus wieder zurückgezogen worden. Es handelt sich um ein Gemälde, das in dem Katalog als „Zophonische“ von Paolo Veroneo bezeichnet war. Das Bild ist erst zu Beginn des Krieges der Öffentlichkeit bekannt geworden. Es bestand aus versteinerten und ohne Rahmen, unter einer Menge anderer Bilder, die als werloses Gemälde belächelt geräumt waren, und stieg dann in den Besitz eines Herrn Doughton in Kent über. Inzwischen ist nun eine Publikation von H. B. Lavin erschienen, die das Bild Rafael und zwar als Porträt der Vittoria Colonna zwirbelt. Ebenfalls bei Christies ist ein Manuskript von Robert Burns' berühmter Dichtung „Tam O'Shanter“, zwölf Seiten umfassend, zum Verkauf

gekauft. Es trägt auf der Rückseite den Vermerk „Original-Manuskript von Robert Burns“; 1790 von ihm H. M. de Dardonal Rawson geschenkt. Die Handschrift sines für 500 Nkr. fort.

† Das 300-jährige Bestehen der Universitätsbibliothek in Uppsala fand am 7. Juli statt. Den Grund legte der Schwedenkönig Gustav Adolf mit seiner der Universität geschenkten kleinen Sammlung, aber dann erhielt sie mächtigen Zuwachs aus der Beute, die die schwedischen Feldherren während des Dreißigjährigen Krieges und in anderen Kriegen machten. Ihr größter Schatz ist der Codex Argenteus, der die vier Evangelien in gotischer Sprache von der Hand des Bischofs Ulfilas (gestorben 381) fast vollständig enthält und in Gold und Silber auf rotem Pergament geschrieben ist. Der Codex wurde bei der Einnahme von Prag 1648 erbeutet und später für 600 Kr. von dem Universitätskanzler M. G. de la Gardie angekauft, der die beiden silbernen Deckel dazu machen ließ, wovon der Name stammt. Er ist das älteste Denkmal der germanischen Sprachen und enthält fast alles, was noch von der ehrwürdigen Sprache der Goten vorhanden ist. Die Bibliothek besitzt auch die Edda Sturlasons. In Bezug auf Ulfilas der Handschriftensammlung, über 15000 Bände, dürfte die Uppsaler Universitätsbibliothek alle anderen Bibliotheken von Universitäten überrreffen, mit Ausnahme der ungewöhnlich reichen Bodleiana in Oxford. Die Bücherammlung in Uppsala zählt jetzt über 600000 Bände.

† 5000 Köpfe auf einem kleinen Bilde. Auf ein festliches Bild macht Alfred Heim in seinem neuen Werke „Die Frauenburger Reife“ (Verlag Heinrich Müller, Dresden) aufmerksam. Im Dom zu Frauenburg hängt, wie er berichtet, ein Bild, das die Speisung der 3000 Tausend durch Christus darstellt. Das ganze Bild mißt nicht mehr als ein Viertel Meter in der Höhe und dreiviertel Meter in der Länge. Trotz des kleinen Ausmaßes gibt es seinem Vorwurf gemäß eine in ihrer Kleinheit geradezu verblüffende Zahl von kleinen, lebendigsten Köpfen, die feinsten ausgeführten Köpfe auf. Die Gesichter der Gespielten sind eines ums andere deutlich erkennbar. Die Gesamtzahl der Köpfe hat zwar nach der Nachzählung von der Hand eines besonders Geduldigen, kann sich aber von der biblischen Zahl der Tausend kaum merklich unterscheiden, und es würde nicht wundernehmen, wenn sie mit dieser „auf den Kopf“ übereinstimmte. Der Maler, der auf die etwas barock anmutende Idee kam und sich auch, was noch mehr besagen will, die Mühe der Ausfühnung nicht verdrücken ließ, ist der ehrsame Vitus Heinrich aus Elbing. Er malte die „Speisung“ im Jahre 1648.

Sächsischer Außenhandel nach dem Ultimatum.

Um einen Überblick über die bisherigen Wirkungen der durch die Entente im Verlauf der Sanftionen und des Ultimatum veranlaßten Maßnahmen zu gewinnen, hat der Verband Sächsischer Industrieller eine Umfrage bei einer größeren Anzahl an Exportierern hauptsächlich interessierter Firmen sowie den entsprechenden Fachverbänden veranstaltet, durch die die Vermutung bestätigt wurde, daß durch die verschiedene Stellungnahme der Entente-Regierungen zu der Sanftionserhebung in den Klarenheiten und Verworrenheiten in den Außenhandel gekommen sind, die für die heimischen Kundenländer mindestens ebenso schädlich gewesen sein dürften, wie für Deutschland. Auch durch die Annahme des Ultimatum ist bisher die gewünschte Klarheit noch nicht geschaffen worden, da zunächst ausschließlich England zweifellos erklärt hat, daß es die Zahlung auf Reparationskonto anrechnen wird. Wenn auch die 50prozentige und später die 20prozentige Abgabe in England anfangs sehr lösend auf den Verkehr gewirkt hat, so scheint die regelmäßige Ausstellung der Quittungen und die sofortige Bezahlung der einbehaltenen Beträge durch die deutsche Regierung nachträglich beruhigt zu haben. Die sofortige Bezahlung durch die deutsche Regierung wird vorerst allgemein als im Interesse der deutschen Wirtschaft liegend anerkannt. Eine Unklarheit scheint in England insofern zu bestehen, als in einzelnen Fällen die Abgabe auch vom Transit erhoben wird, und zwar auch dann, wenn die Ware ausdrücklich als Durchfuhrware bezeichnet worden ist, und nach anderen Ländern geht, die die Einbehaltung der Abgabe abgelehnt haben, wie z. B. Südafrika. Jedoch scheint diese Einbehaltung der 20 Prozent auf Transitware nicht generell durchgeführt, vielmehr ist es möglich, daß wir hierbei auf irrtümliche Maßnahmen englischer Regierungsbehörden stoßen. Es ist eben auch in England infolge der zahlreichen Verfügungen eine Verwirrenheit entstanden, der die Beamten nicht ohne weiteres Herr werden können.

Sehr empfindlich hat die Ausfuhr nach Frankreich unter der Unsicherheit der französischen Politik gelitten, besonders unter dem Umstand, daß Frankreich sich noch nicht verpflichtet, die einbehaltenen Beträge auf Reparationskonto gutzuschreiben, sowie dadurch, daß es zunächst mit dem Erlaß von Ausfuhrbestimmungen zögerte.

Es scheint wiederholt vorgekommen zu sein, daß französische Kunden, die infolge der Unsicherheit der Lage zunächst nur 50 Prozent dem deutschen Lieferanten bezahlt haben, nunmehr auch den Rest ihnen überließen. Die Unhaltbarkeit dieser Zustände leuchtet ein. Es ist undenkbar, daß ein internationaler Verkehr wieder entsetzt, wenn man bei Regierungen, wie der französischen, vor den ungläubigsten willkürlichen Eingriffen in den Privatverkehr nicht sicher ist.

Belgien hat bisher noch keine Beteiligung an den Sanftionen oder der ultimativen Abgabe praktisch abgelehnt. Es scheinen jedoch in einzelnen Fällen andere Bevorzugungen des belgischen Handels bei der Einfuhr deutscher Waren vorgekommen zu sein, wegen der sich der Verband Sächsischer Industrieller sofort mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt hat.

Der Handel mit Jugoslawien und mit Rumänien lag in letzter Zeit ohnehin wegen der politischen Verhältnisse auf dem Balkan noch daneben, infolgedessen richtete die Sanftionserhebung in diesen Staaten verhältnismäßig wenig Schaden an, zumal die exportierenden Firmen bei dem Verkehr mit dem Balkan auf Vorauszahlung setzen und außerdem auch die Sanftionserhebung zahlreiche Ausnahmen aufweist. Sehr viel empfindlicher machten sich die auf dem Balkan üblichen schlechten Handelsbedingungen geltend. Der Verbraucher wie der Importeur in Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien ließ sich verschiedenenlei deutsche Waren gegen teilweise Vorauszahlung zufinden, nahm sie dann jedoch nicht ab, in der bestimmten Erwartung, daß der deutsche Lieferant starke Preisnachlässe zubilligen würde, eine Erwartung, in der er zumeist nicht getäuscht wurde, da der Lieferant das Risiko eines Rücktransportes letzten Endes nicht übernehmen konnte.

Eine Aufhebung der Kontrolle fand namentlich für die Stoffhandelsbranche statt. Auch Wärlchen und Wärlchen sollten kontrolliert werden auf Grund eines gemeinsamen Antrages der im Außenhandelsausschuß vertretenen Interessenten. Der Antrag mußte hier jedoch, da ein Einvernehmen mit der Garantiefunktion nicht erzielt werden konnte, eingestellt werden.

Der allgemeine Eindruck von den bisher sich geltend machenden Folgen der Exekutionen der Entente ist der, daß allenthalben eine Vermirrung Platz gegriffen hat, die sich für den Kunden mindestens ebenso schädlich erwies wie für den Lieferanten, und erneut auf der Erkenntnis führt, daß unsere Volkswirtschaft auch für Reparationszahlungen nicht leistungsfähig werden kann, wenn sie nicht eine Sicherheit dafür hat, daß sie nicht durch Willkür der Entente fortgesetzt gestört wird.

Dresdner Börse vom 29. Juli. (Fortf. a. d. Vorabend-Blatt.) Nennliche Nachfrage befand sich auch das Gebiet der diversen Industriellen, bei denen in erster Linie Plautener Spitzenfabrik stark gefragt waren und infolgedessen 40% gehiegt wurden. Trotz dieser bedeutenden Kurserhöhung reichte das vorhandene Material nicht aus, so daß die vorliegenden Aufträge reponiert werden mußten. Besonders höher stellten sich ferner Gehe & Co. (20% & nachherlich noch 18%), Dörschberg (21%), Dürsch (17%), sowie Ringner-Werke (5%), Chemnitzer Aktienpinnerel (15%), Oberlausitzer Zucker (5%) und Auldewitz (4%). Dagegen mußten sich Zwidauer Kammerpinnerel einen Abbruch von 28%, Dresdener Nähmaschinen einen solchen von 13% und Plautensche Gardinen einen solchen von 9% gefallen lassen.

Produktionsbörse in Dresden am 29. Juli. Stimmung: fest. Weizen — Roggen 167 bis 170. Wintergerste 178 bis 183. Sommergerste, färb., 225 bis 235. Hafer — Raps trocken, 205 bis 205. Mais 150 bis 155. Weizen 140 bis 155. Lupinen, blaue, 85 bis 85. Lupinen, gelbe, 110 bis 120. Weizenklein 155 bis 165. Raffine 1250 bis 1400. Trockenrüben 110 bis 115. Stroh 16 bis 21. Weizenheu, neues, lates, färb., 60 bis 65. Weizenheu, neues, nichtfärb., 50 bis 55. Heine Ware über Rogg. Die Preise verfallen sich per 50 Kilogramm. Raffine für Mengen unter 5000 Kilogramm ab Lager Dresden. Neu und Stroh in Ladungen von etwa 5000 Kilogramm, alles anders in Ladungen von etwa 10 000 Kilogramm.

Frankfurter Börse vom 29. Juli. Das Geschäft gehaltete sich ruhiger und einseitiger. Montanwerte folgten Abgabeneigung. Rammesmann waren gedrückt 606. Darpener nachgebend 639,75. Phönix schwankend 804, nachherlich 868. Deutsch-Luxemburger 400. Weissenhofener 420. Oberbergt 321. Wehregstein 569,50. Rheinthal 600. Interesse behauptet für Scheidemann 706. Griesheim befestigt 844. Dolgerföhlung 528. A. G. G. 338 bis 337. Bergmann 327. Bahmner 269. Schudert 294,50. Licht und Kraft waren lebhafter mit 265. Reich-Rupfer blieben gefragt 414,50. Am Einheitsmarkt war eine merkliche Geschäftsruhe eingetreten. Eisenwert Meyer notierten 606, Bogaländische Maschinen 889,50, Deuyer Was 416, Tränker u. Wärler 400, Zellindustrie Wolff 348, Th. Dolmann 390, Spiegel und Spiegelglas 585, Zettelfabrik Preis 450, Frankfurter Hof 584,50. Deutsche Hart waren fest 804. Im freien Verkehr waren chemische Erzeugnisse bei großen Umsätzen von 415 bis 430 gehiegt. Wärlfelder Luze 5187, Danzig-Ploß 100, Nafather Waggon 428, Copag 5000, Schöner 312. Die Devisen waren unentschieden: Belgien 602, Holland 2508, London 300,50, Paris 617, Schweiz 1330, Newyork 81 1/2.

Ermäßigung des Diskontsatzes in Frankreich. Die Bank von Frankreich hat ihren Diskontsatz von 6% auf 5% herabgesetzt. Italien Brauerei nach Hellenfeller — Weizen-Brauerei zu Weisw. Im Ansehung der beiden Gesellschaften auf den 2. August ihre Aktionäre ein, um ihnen das bereits bekannte

gegebene Abkommen zwischen beiden Gesellschaften zur Genehmigung vorzulegen.

Dresdener Weizen- und Kornspiritus-Debet laut J. S. Brauerei. Der Aufsichtsrat und Verwaltungsrat der Gesellschaft beschloß in seiner Sitzung am 27. Juli, der für den 28. August d. J. einzuberufende Hauptversammlung die Bestellung von 20 % Dividende in Vorschlag zu bringen.

Deutscher Lager- u. in Chemnitz. Der Aufsichtsrat schlägt die Verteilung einer Dividende von 14 % (13 1/2 % i. V.) vor. Wie wir hören, ist eine Kapitalerhöhung bei der Gesellschaft nicht geplant.

Suez-Kanal-Gesellschaft. Da die Gesellschaft ihre Einkünfte zum größten Teil in Goldwärlen, meistens ägyptischen oder englischen Pfunden, bezieht, war es ihr möglich, in dem abgelaufenen Jahre bedeutende Teilungsgewinne zu erzielen. Dadurch ist sie imstande, nicht nur die bereits gemeldete Dividende auf 200 Franken brutto zu erhöhen, sondern auch noch 25 Millionen Franken einer besonderen Rücklage zuzuführen. Die Zahl der Durchfahrten belief sich auf rund 4000, mit einem Tonnengehalt von 17 1/2 Millionen. Gegenüber 1918 ergibt sich noch immer ein Minus von 1076 Durchfahrten mit 2 1/2 Millionen Tonnen. Mit 600 147 hat sich die Zahl der Passagiere etwa auf der Höhe des Vorjahres gehalten, mit dem Unterschied, daß an Stelle der vorjährigen 127 675 Militärpersonen etwa ebensoviel Zivilpersonen getreten sind. Die Menge der Waren hat sich gegen 1918 um 2% erhöht, sie ist gegenüber 1918 aber noch 34 % niedriger. Die Zunahme entfällt im wesentlichen auf den Nordüberverkehr. Die Süd- und Nordtransporte haben sich nur unbedeutend erhöht, und zwar von 10,21 auf 10,78 Millionen Tonnen. Indische Weizenladungen haben fast völlig gefehlt. Australische Getreideexporte betragen nur noch 600 000 Tonnen gegen 1,10 Million Tonnen in 1918. Dagegen weisen andere Artikel eine nennenswerte Steigerung auf, so Getreide aus der Mandchurien und aus China, ferner Zucker, Antefade und namentlich südafrikanische und australische Kohle. Die Nettotonnage der den Kanal 1920 durchlaufenen Postschiffe weist eine Zunahme von 76 % auf. Der Anteil der japanischen Flagge an dem Gesamtverkehr ist auf 9,1 % gewachsen gegen 1,7 % im Vorjahr, und ist damit an die zweite Stelle gerückt. Die amerikanische Flagge nimmt 4,1 % des Gesamtverkehrs ein, die britische Flagge steht mit 61,7 % immer noch weit an erster Stelle. „Voss. Ztg.“ erwägt die Gesellschaft eine Ermäßigung der Transitgebühren von 25 Centimes für die Tonne, und zwar schon in nächster Zeit.

Die Neugestaltung der Außenhandelspolitik. Von dem im Herbst dieses Jahres zu verabschiedenden Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland ist durch die am 1. August 1921 in Kraft tretende Verordnung über die Angabe des Ursprungslandes bei der Ausfuhr ein weiterer Teil, nachdem die Bestimmungen über die Anmeldung des Ursprungs der eingeführten Waren bereits am 1. März d. J. in Kraft getreten sind, vorweggenommen worden. Es wird damit bezeugt und erreicht, daß bei der Ausfuhr nunmehr auch in Deutschland, wie es in anderen Ländern seit langem geschieht, zwischen Waren in- und ausländischer Herkunft unterschieden wird. Wenn es feststeht, daß die Waren nicht in Deutschland erzeugt oder hergestellt worden sind, das Ursprungsland selbst aber unbekannt ist, genügt an Stelle der Angabe des Ursprungslandes die Bezeichnung „ausländisch“ (in der der Ursprungsbezeichnung der Ware). Die Anmeldung des Ursprungslandes dient zunächst der statistischen Wahrheit und Statistik; darüber hinaus bietet sie die Bürgschaft dafür, daß die 26 %ige Ausfuhrabgabe, wie es sich von selbst versteht, nur von ausgetriebenen deutschen Erzeugnissen, nicht etwa auch eingeführten und wiederabgeführten Waren entrichtet wird.

Abkündigung neuer Kreditverträge. Ueber den Abschluß eines Getreidefinanzierungsvertrages mit einer Gruppe englischer Banken über 3 Millionen Pfund Sterling ist vor kurzem bereits berichtet worden. Obwohl der Bedarf an Auslandsgeld für die ersten Monate des neuen Wirtschaftsjahres so gut wie gedeckt ist und die Inlandbanker erwarten läßt, daß größere Mengen Auslandsgeld in der nächsten Zeit nicht mehr angekauft werden, sind doch weitere Kreditmöglichkeiten gesucht worden, um eine Inanspruchnahme des Devisenmarktes für Getreidekäufe gegebenenfalls zu vermeiden. Durch die Vermittlung des Bankhauses W. W. Warburg & Co. in Hamburg ist mit einer unter Führung der International Accept Bank und der Bankers Trust Co. in Newyork stehenden amerikanischen Bankengruppe ein Kreditvertrag abgeschlossen worden, aber den in den letzten Tagen schon Meldungen durch die Presse gegangen sind. An diesem Kreditgeschäft ist besonders bemerkenswert, daß zum ersten Male eine Gruppe der führenden, am Akzeptkreditgeschäft beteiligten amerikanischen Bankinstitute bei einem internationalen Rembourskreditgeschäft vereinigt sind. Auf Grund dieses Kreditvertrages können, falls weitere Getreidekäufe notwendig wären, monatlich bestimmte Getreidemengen angekauft werden. Ein weiterer Kreditvertrag ist mit einem holländischen Hause über 20 Millionen Gulden und mit einer dänischen Bank über 20 Millionen dänische Kronen abgeschlossen worden.

Die deutschen Sparfassen im Juni. Die Einlagen bei den deutschen Sparfassen haben nach einem Bericht der „Sparfassen“ im Monat Juni eine bedeutende Zunahme erfahren. Der Zuwachs betrug 1400 Millionen Mark. Es ist dabei allerdings zu beachten, daß der Juni als Quartalsabschlussmonat den Sparfassen gewaltige Beträge an Gehälter-Gutschriften zugeführt hat, die nicht als eigentliche Sparleistungen betrachtet werden können, da sie im kommenden Vierteljahr fast ganz wieder abfließen werden. Der Gesamtzuwachs seit Jahresbeginn beträgt nunmehr 4650 Millionen Mark gegen 3840 bzw. 8400 Millionen Mark in der gleichen Zeit der beiden Vorjahre.

Die oberdeutsche Steinkohlenförderung nach dem Vorkauf. Anfolge der Unruhen hat die genaue Förderleistung in der ersten Julihälfte erst jetzt festgestellt werden. Die Gesamtförderung belief sich laut „Industrie-Rurier“ (Werkstoff-Wirtschaft) vom 1. bis 15. Juli auf 891 452 Tonnen. Mit der Hauptbahn wurden insgesamt 401 000 Tonnen verladen, wovon 249 600 Tonnen nach dem Inland und 11 226 Tonnen nach dem Ausland gingen. Im einzelnen erzielten: Vöten 1897 Tonnen, Deutschherren 54 744 Tonnen, Tschösch-Schwabe 2906 Tonnen, Italien 29 140 Tonnen, Unarn 6026 Tonnen, Danau 2628 Tonnen. Die Wagengrößenverhältnisse vom 1. bis 6. Juli konnten von der Eisenbahndirektion nicht ermittelt werden. In der Zeit vom 7. bis einschließlich 15. Juli wurden von den Werken 57 815 Wagen angefordert, während die Eisenbahndirektion nur 41 758 Wagen stellen konnte. Es wurden in dieser Zeit mithin 15 857 Wagen = 27 1/2 % der angeforderten Wagen zu wenig gestellt. Die Kohlenförderung betragen am 15. Juli 1 182 584 Tonnen.

Wasserverbrauch und Vieherzeugung. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes sind im 4. Quartal des Rechnungsjahres 1920 (bzw. im ganzen Rechnungsjahre) in den Brauereien der Bierzeugungsgemeinschaft verwendet worden 798 787 Doppelzentner (2 240 441 Doppelzentner im ganzen Jahre) Mais. Davon wurden 567 148 Doppelzentner (1 088 061 Doppelzentner) zu untergärtigem und 141 639 Doppelzentner (460 642 Doppelzentner) Weizenmalz zu obergärtigem Bier, 28 010 Doppelzentner (112 706 Doppelzentner) anderen als Weizenmalz, 9135 Doppelzentner (34 133 Doppelzentner) Zuckerrüben und 15 008 Doppelzentner (15 008 Doppelzentner) Weizenklein und Weizenklein verwendet. Verzehrt wurden 175 912 Doppelzentner (7 517 063 Doppelzentner) untergärtiges und 408 817 Doppelzentner (5 464 060 Doppelzentner) obergärtiges Einheitsbier, 4 083 800 Doppelzentner (8 312 598 Doppelzentner) untergärtiges und 1 112 484 Doppelzentner (2 014 742 Doppelzentner) obergärtiges Vollbier, 3509 Doppelzentner (4681 Doppelzentner) untergärtiges und 1542 Doppelzentner (6824 Doppelzentner) obergärtiges Starzbier, also insgesamt 5 758 918 Doppelzentner (28 319 418 Doppelzentner) Bier.

Verkehr nach dem Rheinbezirk. Um die zurzeit bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen und einer Wiederholung derselben vorzubeugen, ist beim Verband von Weibern nach dem besetzten Deutschland folgendes zu beachten: Zur Ermöglichung einer schnelleren Zollbehandlung ist es notwendig, als Zolldeklaration nur die im deutschen Zollbüchse gebräuchliche Warenklärung (Wegzettelt) zu benutzen, die Zolldeklarationen vollständig und genau auszufüllen und die Waren möglichst nach den Angaben im deutschen Zolltarif zu bezeichnen. Ferner liegt es im Interesse einer bevorzugten und beschleunigten zollamtlichen Abfertigung, daß bei leicht verderblichen oder besonders empfindlichen Waren auf die Zolldeklarationen ein entsprechender Hinweis gemacht wird. Um zu verhindern, daß die Sendungen bis zur Bestimmung der Einfuhrbewilligungen abgelehnt oder eingeleitet werden müssen, wodurch Störungen und Verlopfungen entstehen, ist es erforderlich, daß die Abfender die Waren erst dann zum Abgang

bringen, wenn ihnen der Empfänger mitgeteilt hat, daß er im Besitz der Einfuhrbewilligung des Einfuhramtes und ist. Soweit für das besetzte Gebiet einseitige Waren in Frage kommen, ist es zweckmäßig, daß der Abfender vor der Ablendung der Waren dem Empfänger den Nachbrief einleitet, damit auf diesem von einer Zollstelle des besetzten Gebietes die freie Einfuhr der Ware befristet werden kann.

Genügend Baumwolle für den Weltbedarf. Die diesjährige Baumwollernte der Vereinigten Staaten wird auf rund 8 440 000 Ballen geschätzt. In normalen Jahren würde, wie dem „S. S. N.“ aus Newyork geschrieben wird, eine so geringe Ernte eine Katastrophe bedeuten, denn diese Schätzung bedeutet, daß die Ernte nur zwei Drittel des letztjährigen Ergebnisses sein wird, aber die letzten sind nicht normal. Der große Ueberfluß von der letztjährigen Ernte bedeutet einen genügenden Vorrat für die kommende Saison. Die obige Schätzung enthält 16 Millionen Ballen alter und neuer Baumwolle in den Vereinigten Staaten, für die mit dem 1. August 1921 beginnende neue Saison. Im letzten Jahre war der Vorrat um ungefähr 1/4 Million Ballen größer, und war viel zu groß. Die Baumwollindustrie wird im nächsten Jahre genügend Baumwolle haben, selbst wenn die Verhältnisse sich bedeutend bessern sollten. Mit der im Ausland produzierten Baumwolle wird der Vorrat für die Saison 1921/22 auf 24 600 000 Ballen geschätzt. Es wird jedoch erwartet, daß Deutschland und England zu den niedrigen Preisen größere Vorräte einlegen werden, wodurch die Vorräte in den Vereinigten Staaten während der kommenden Saison eine wesentliche Abnahme erfahren werden, doch wird immerhin noch ein bedeutender Ueberfluß vorhanden sein, so daß keine Baumwollnot und keine starke Preissteigerung zu erwarten sind.

Die Krise im italienischen Wirtschaftslieben wird durch folgende neuen dem „Konfessionär“ gemeldeten Millioneninfolenzen beleuchtet: Die Manufaktur- und Exportfirmen G. Kalop, S. Torre & Co. in Triest streben einen Zwangsvergleich auf Grund einer 85 %igen Quote an. Die Passiven betragen 4,9 Millionen Lire. Die Handelsfirma Em. Kornia in Triest strebt einen Zwangsvergleich auf Grundlage einer 25 %igen Quote an. Dem Antrag haben Gläubiger mit Forderungen von 1 1/2 Millionen Lire zugestimmt. Die Braunkohlen- und Chemikalienfirma Luigi Bertoni in Florenz hat die Zahlungen eingestellt. Die Passiven sollen 1 Million Lire übersteigen. Die Schuhwarenfirma Alfredo Coppola in Mailand wurde fallit erklärt. Die Passiven betragen etwa 1,8 Millionen Lire.

Beziehung des Geschäfts mit China. Wie dem Eisen- und Stahlwaren-Industrie- und Ueberfluß aus seinem Industriezweig berichtet wird, zeigt sich im Wirtschaftsverhältnis zu China nach dem Abschluß des neuen Handelsvertrages eine bemerkenswerte Beziehung. Es gehen aus China Aufträge für größere Leistungen ein und es sind auch schon nennenswerte Aufträge getätigt worden. In Frage kommen vor allen Dingen Werke, die schon in der Vorkriegszeit mit China in Handelsbeziehungen standen.

Berliner Lederbörse. Durch die hohe Valuta sind die Preise für Häute und Felle hoch geblieben. Bedarf ist vorhanden und vereinzelt wird an einen Rückgang der Preise geglaubt. Im Lederhandel hält die Nachfrage in den meisten Artikeln an. Es gelingt indessen nicht immer, mit den erforderlichen höheren Preisen durchzukommen. Die Vorräte sind gering. Im Schuhhandel herrscht feste Stimmung. Die Ausverkäufe in den Detailgeschäften haben das Geschäft belebt. Die Preise für bessere Waren sind beständig.

Weitere Devisenkurse vom 29. Juli. (Fortsetzung aus dem Vorabend-Blatt.) Schweiz: 1828,25 Gold, 1826,25 Brief (28. Juli: 1821,15 bzw. 1823,85). Spanien: 1688,96 Gold, 1686,05 Brief (1628,95 bzw. 1629,05). Paris: 617,85 Gold, 619,15 Brief (620,85 bzw. 622,15).

Dresdner Kurse vom 29. Juli. (Für das Vorabend-Blatt zu spät eingegangen.)

Table with 3 columns: Name, Price, and other details. Includes entries like Ch. J. Heilberg, G. H. Heilberg, etc.

Dresdner Börsen-Bretter vom 29. Juli. (Mitgeteilt vom Bankhaus Wärlberg & Frische, Dresden, Geiselstraße 14.)

Table with 2 columns: Name and Price. Includes entries like Agip, Bismarck, etc.

Veipziger Kurse vom 29. Juli. Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt 100%.

Table with 2 columns: Name and Price. Includes entries like Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt, etc.

Berliner Weizenmarkt vom 29. Juli. (Preis für 100 kg in Mark) Weizenrot 227,2, Weizenrot 1825-1850, etc.

Wärlberg, 29. Juli. Weizenrot, 6,57, per Weizen 7,21, per Mai 7,43, etc.

Wärlberg, 29. Juli. Baumwolle, Umsatz: 4000 Ballen, Import 6400 Ballen, davon amerikan. Baumwolle - Ballen, etc.

Wärlberg, 29. Juli. (Baumwolle) Sakellarbis per Juli, etc.

Konkurrenz, Zahlungsverhältnisse usw. Sächsischer Kaufmanns-Verband, etc.

